

ÖSTERREICHISCHE STELLUNGNAHME ZUM 1. ENTWURF DER EK FÜR EINE PARTIELLE NOVELLIERUNG DER ALLGEMEINEN GRUPPENFREISTELLUNGS-VO (AGVO)

Die Behörden der Republik Österreich (Ö) bedanken sich bei der Europäischen Kommission (EK) für den ersten Entwurf über die partielle Überarbeitung der Allgemeinen Gruppenfreistellungs-VO (AGVO)¹ und für die Bereitschaft, die Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge der Mitgliedstaaten (MS) entsprechend zu berücksichtigen.

I. EINLEITUNG

Vor allem die kleineren österreichischen Förderprogramme sind weitreichend auf der Grundlage der Allgemeinen Gruppenfreistellungs-VO (AGVO) freigestellt und wurden in der Regel auf Basis der Verlängerungs-VO 2020/972 vom 2.7.2020 um 3 Jahre, bis 31.12.2023 verlängert. Sollte die partielle Novellierung der AGVO größere Änderungen mit sich bringen, wäre in einem eigenen Passus zu gewährleisten, wonach bestehende, bis 31.12.2023 freigestellte Beihilfeprogramme nicht vor dem 31.12.2023 angepasst werden müssen.

Die partielle Überarbeitung der AGVO wird begrüßt, um neue, zusätzliche Förderungsmöglichkeiten der zuletzt überarbeiteten Leitlinien nutzen zu können.

Im Lichte der großen Herausforderungen wird ersucht, die Freistellungsschwellwerte generell einer Valorisierung zu unterziehen und entsprechend zu erhöhen (etwa für F&E Infrastrukturen, Innovationscluster oder für lokale Infrastrukturen (Art 56)), die Beihilfeintensitäten ausreichend hoch festzusetzen (etwa für Investitionskosten für Erneuerbare Energien und Kraftwärmekopplungsanlagen, CCS, CCU, oder für die neu vorgesehenen Erprobungs- und Versuchsinfrastrukturen (Art. 26a)). Die vereinfachten Kostenoptionen für indirekte F&E-Projektkosten in Art. 25 werden begrüßt. Diese sollten aber in Kohärenz zu „Horizon Europe“ eine Pauschale in Höhe von zumindest 25% zulassen.

¹ Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Verlängert bis 31.12.2023 durch die Verlängerungs-VO (EU) 2020/972 der EK vom 2. Juli 2020. Zuletzt geändert: VO (EU) 2021/1237 vom 23. Juli 2021 zur Änderung der VO (EU) Nr. 651/2014 (Abl. L 270 vom 29.7.2021, S.39).

Die Innovations-Fördermöglichkeiten sollten generell auf die Förderung des „first industrial deployment“ (analog zur neuen IPCEI Mitteilung) ausgedehnt werden.

Zur Erreichung der ambitionierten Klima- und Umweltziele, für die Umsetzung der Digitalen Agenda und zur Stärkung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit Europas sind vor allem eine Vielzahl von kleineren und mittleren Fördermaßnahmen vor Ort erforderlich, die weitreichend von der AGVO erfasst sein sollten.

Praktikable und einfache Zulässigkeitskriterien sind daher essentiell. Zeit- und Kostenaufwendige Prozeduren sollten reduziert werden. Daher ersuchen die österr. Behörden, auf die Einführung von neuen administrativen Vorgaben zu verzichten: wie etwa die geplante, deutliche Ausweitung der Transparenzverpflichtungen in Art. 9 AGVO oder die neu vorgesehenen, öffentlichen vorab Konsultationen (etwa in Art. 36a). Ö unterstützt die - im Rahmen des 1. Beratenden Ausschusses am 7.12.2021 - geäußerte Kritik zahlreicher MS an den viel zu komplexen Methoden zur Ermittlung der förderbaren Kosten, etwa in Art. 36 (komplexe Kontrafaktische Analysen) oder in Art. 36a und 36b (competitive bidding process). Die EK wird ersucht, einfache Methoden zur Ermittlung der förderbaren Kosten alternativ anzubieten. Das alleinige Abstellen etwa bei der Förderung von sauberen oder emissionsfreien Fahrzeugen auf die Vergabe der Förderung im Wege einer Ausschreibung erscheint praxisfern (Art. 36b) und wird abgelehnt.

Abgelehnt werden auch etwaige Einschränkungen der harmonisierten Energiebesteuerungs-RL 2003/96/EG (ETD) durch die geplanten Änderungen des Art. 44 AGVO. Ö hat z.B. auf Basis Art. 44 AGVO und der ETD, nach vorheriger Rücksprache mit den Dienststellen der EK, eine Eigenstrombefreiung für Strom aus Photovoltaik in der Elektrizitätsabgabe und die Energieabgabenvergütung AGVO freigestellt. Es wäre nicht akzeptabel, wenn derartig wichtige steuerliche Anreize, die für den Transformationsprozess zu einer Klima-freundlichen Wirtschaft erforderlich sind, durch Einschränkungen und durch administrative Bürden verunmöglicht werden würden.

Das EU-Beihilfenrecht sollte zudem das „level playing field“ zu den Wirtschaftsräumen außerhalb des EWR entsprechend im Auge behalten und einen Beitrag leisten, die strategische

Autonomie Europas u.a. in der Bereitstellung von Klima-freundlichen Produkten, Dienstleistungen und Schlüsseltechnologien zu unterstützen.

II. ALLGEMEINE ANMERKUNGEN UND VERBESSERUNGSERFORDERNISSE

II.1. Unternehmen in Schwierigkeiten (ad Art. 2, Ziffer 18 AGVO):

Der Geltungsbereich (Art. 1 der AGVO) schließt Beihilfen an „Unternehmen in Schwierigkeiten“ (UiS), gemäß den Begriffsbestimmungen in Art. 2, Ziffer 18 AGVO Nr. 651/2014, weitreichend aus. Die im Entwurf der EK vorgesehene Erweiterung der Definition in Art. 2, Ziffer 18, Buchstaben a) und b) im Kontext mit Art. 21 AGVO (Risikofinanzierung) wird begrüßt.²

Diese Erweiterung stellt aber keine wirkliche Lösung vor **allem für KMU** dar, insbesondere für junge und innovative KMU, die in der Regel über eine niedrigere Eigenkapitalquote verfügen oder ihr Eigenkapital für die Entwicklung neuer Produkte oder Dienstleistungen verwenden und bei Verlusten von mehr als der Hälfte des Stammkapitals von der Gewährung von Beihilfen weitreichend ausgeschlossen sind, selbst wenn sie solide und nicht Gegenstand eines innerstaatlichen Insolvenzverfahrens sind.

Die COVID-19 Krise verschärft diese Problematik deutlich. Aus diesem Grund hat die EK bereits mit einer Erleichterung in dem befristeten COVID-19 Beihilferahmen reagiert. Die Erleichterungen für UiS während der Laufzeit des bis 30.6.2022 befristeten COVID-19 Beihilferahmens, zuletzt zum 6. mal geändert mit Beschluss der EK C (2021) 8442 final vom 18.11.2021, sollten aus Gründen der Rechtssicherheit vollständig in die Leitlinien und in die AGVO übernommen werden.

Darüberhinausgehend ist davon auszugehen, wonach auch nach dem Auslaufen des zeitlich befristeten COVID-19 Beihilferahmens, vor allem KMU weiterhin verstärkt über eine geringe Eigenkapitaldecke verfügen werden. Überdies müssen auch KMU die Herausforderungen des Klimawandels bewältigen und neue, klimafreundliche Investitionen tätigen. Daher sollten **KMU**, die in der Regel nicht geeignet sind, den Handel zwischen den MS und den Binnenmarkt in einer unverhältnismäßigen Weise zu verzerren, **aus dem Ausschluss der UiS aus dem Geltungsbereich der AGVO** (in Art. 1, Abs. 4) **generell ausgenommen werden**, wenn

² Der Entwurf sieht eine Erweiterung des Begriffs bei Risikofinanzierungsbeihilfen vor, indem auf die ersten 10 Jahre nach Eintrag im Firmenbuch bzw. im Falle von innovativen Unternehmen, die seit dem ersten kommerziellen Verkauf noch keine sieben Jahre auf einem Markt tätig sind, abgestellt wird.

das begünstigte Unternehmen nicht die Voraussetzungen für die Einleitung eines Insolvenzverfahrens nach dem nationalen Recht erfüllt.

II.2. Transparenzverpflichtungen (ad Art. 9 AGVO):

Der Entwurf der EK sieht eine deutliche Ausweitung der Transparenzverpflichtungen vor. Die vorgesehene Verringerung der Meldeschwelle von bisher € 500.000 auf € 100.000 kann im Lichte des damit verbundenen, zusätzlichen administrativen Aufwandes nicht befürwortet werden.

Bereits im befristeten COVID-19 Beihilferahmen wurde von der Transparenzverpflichtung für staatliche Beihilfen ab € 500.000 abgegangen und eine reduzierte Meldeschwelle von € 100.000 festgesetzt, was aufgrund der außerordentlichen Situation und der vordringlichen Notwendigkeit zur Gewährung staatlicher Krisenbeihilfen toleriert wurde.

Die EK wird ersucht, auf eine Ausweitung dieser Verpflichtungen in der AGVO zu verzichten.

II.3. Vereinfachte Kostenoptionen (ad Art. 25 AGVO):

Der Ansatz einer vereinfachten Kostenoption für indirekte F&E-Projektkosten in Art. 25 wird begrüßt. Allerdings ist die vorgeschlagene Höhe von 15% nicht realistisch. Die Festlegung der Höhe sollte im Einklang mit den Aufschlägen von zumindest 25%, wie sie im EU-Rahmenprogramm „Horizon Europe“ geregelt sind, erfolgen, um eine Kohärenz zw. EU-finanzierten und innerstaatlich-finanzierten Projekten zu gewährleisten. Im Sinne der Gleichbehandlung der Beihilfenempfänger sollten idente Abrechnungsregelungen angewendet werden können. Wie aus Erfahrungswerten bekannt, sind die indirekten Kosten von F&E-Projekten in der Regel höher als 25%, somit liegt jedenfalls keine Überkompensation vor.

II.4. Anmeldeschwellen (ad Art. 4 AGVO):

Die Anhebung der Schwellenwerte für Einzelnotifikationen - etwa für Investitionsbeihilfen für den Umweltschutz und Energieeffizienz – hat Potential, das formale Anmeldewesen zu erleichtern und wird begrüßt.

Allerdings sollte eine generelle Valorisierung und Anhebung der Freistellungsgrenzen aller von der AGVO umfassten Bereiche erfolgen, vor allem auch für Infrastrukturen, Innovationscluster und für F&E&I Aktivitäten. Insbesondere wird ersucht, die Freistellungsgrenzen für Investitionsbeihilfen für wirtschaftlich genutzte „lokale Infrastrukturen“ (Art. 56 AGVO) auf

zumindest € 15 Mio (Barwert) bzw. € 30 Mio (Gesamtkosten) anzuheben, da der Baupreisindex seit der Veröffentlichung der AGVO im Jahr 2014 etwa in Österreich um 31% gestiegen ist (laut Angaben der Statistik Austria).

II.5. Beihilfeintensitäten:

Um etwa die ambitionierten Ziele des Green Deal und der Digitalen Agenda zu erreichen und um die Innovationskraft Europas zu stärken, benötigt es entsprechende Anreize. Die Beihilfeintensitäten und beihilferechtlichen Obergrenzen sollten daher ausreichend hoch sein. So sollte etwa der neue Beihilfetatbestand „Erprobungs- und Versuchsinfrastruktur“ bzw. Technologieinfrastruktur (Art. 26a AGVO) eine Beihilfenintensität von 50% vorsehen. Oder auch für Investitionsbeihilfen für Lade- und Tankinfrastruktur (Art. 36a AGVO) sollte der eine Beihilfenintensität von 50%, auch bei ausschreibungsfreien Förderungsvergaben zulässig sein.

II.6. Klarstellung der AGVO-Freistellungsfähigkeit von Unternehmen, unabhängig der Größe, die an CLLD/EIP Projekten teilnehmen:

Mit der zuletzt erfolgten Novellierung der AGVO³ wurden neue Freistellungsmöglichkeiten u.a. für ko-finanzierte Projekte in die AGVO aufgenommen. Diese neuen Freistellungsmöglichkeiten werden von den österr. Behörden begrüßt.

Die neuen Freistellungsmöglichkeiten für Unternehmen, die an CLLD/EIP-Projekten teilnehmen, wurden unter Art. 19a und 19b AGVO subsumiert und auf KMU eingeschränkt. Da es sich jedoch bei CLLD/EIP-Projekten um kleine Projekte der ländlichen Entwicklung von lokaler Wirkung handelt, die in der Regel nicht geeignet sind, den Binnenmarkt zu verzerren und da bei diesen Kooperationsprojekten, mit zum Teil über 100 teilnehmenden Unternehmen, die Prüfung des KMU Status mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden ist, wird die EK ersucht, die Freistellungsfähigkeit nicht nur auf KMU zu begrenzen. Es wird daher vorgeschlagen, die Freistellungsmöglichkeiten für Unternehmen unabhängig ihrer Größe zu gestalten, indem in Art. 19a und 19b das Wort KMU durch Unternehmen ersetzt wird.

³ Verordnung (EU) 2021/1237 der Kommission vom 23.07.2021 (Abl. L 270 vom 29.07.2021)

II.7. Vereinfachung der neuen Breitbandbeihilfen (ad Artikel 52c AGVO):

Im Rahmen der zuletzt erfolgten Novellierung der AGVO wurden neue Breitbandförderatbestände eingeführt, unter anderem Art. 52c AGVO, der Beihilfen in Form einer Konnektivitätsgutschein-Regelung für Verbraucher vorsieht.

Jedoch wurde mit Art. 52c AGVO eine Förderung geschaffen, die in der Praxis fehlschlägt:

Die Fördervoraussetzungen sind einerseits praktisch nicht erfüllbar bzw. führen zu einem überschießend hohen administrativen Aufwand (adressgenaue Fördergebietskarte, Konsultationen, Marktanalysen), andererseits verbleibt nur ein geringer Anwendungsspielraum für eine sehr kleine Zielgruppe. Gefördert werden dürfen nur Verbraucher, die bisher noch keinen Breitbandinternetzugangsdienst hatten oder ihr derzeitiges Abonnement von unter 30 Mbit/s auf über 30 Mbit/s aufstocken. Nicht förderungswürdig sind Verbraucher, die bereits über einen schnellen Breitbandinternetzugangsdienst von über 30 Mbit/s verfügen, aber z.B. auf einen ultraschnellen Breitbandinternetzugangsdienst von über 100 Mbit/s aufstocken wollen. Bei dieser Einschränkung bleibt der Bandbreitenbedarf der Verbraucher völlig unberücksichtigt und führt zu einer Ungleichbehandlung der Verbraucher. Zugleich schließt Artikel 52c AGVO damit genau jene maßgebliche Zielgruppe aus, die für die Erreichung der Versorgungsziele bis 2025 sowie der Versorgungsziele des Digitalen Kompass 2030 der EU (Stichwort „Gigabit-Society“) von größter Bedeutung wären.

Die Konnektivitätsgutscheine dürfen außerdem nicht für den Wechsel von Anbietern, die dieselben Geschwindigkeiten bieten, gewährt werden. Dadurch werden Verbraucher in ihrer Entscheidungsfreiheit und ebenso der freie Wettbewerb auf Endkundenebene unverhältnismäßig eingeschränkt.

Darum wird um eine entsprechende Überarbeitung und Vereinfachung für die Gewährung von Förderungen für gigabitfähige Breitbandanschlüsse, insbesondere im Rahmen des Artikels 52c AGVO, ersucht.

II.8. Beibehaltung der Möglichkeiten für Investitionsbeihilfen für KMU (ad Art. 17 (3) lit. a AGVO):

Gerade die Investitionsbeihilfen für KMU sind wohl kaum geeignet, den Binnenmarkt unverhältnismäßig zu verzerren. Daher sind etwaige Einschränkungen durch Umformulierungen nicht nachvollziehbar. Der vorliegende Entwurf sieht eine Umformulierung des bisherigen

Fördertatbestandes „Erweiterung einer bestehenden Betriebsstätte“ auf „Ausbau der Kapazitäten einer bestehenden Betriebsstätte“ vor. Dies wäre eine Verschlechterung im Hinblick auf die Förderfähigkeit von KMU-Projekten, da sämtliche für die Unternehmensentwicklung wesentlichen Projekte ohne Steigerung der produktiven Kapazität – etwa Ausbau von Lager-, Logistik- und Büroflächen, Projekte zur Prozessverbesserung und Digitalisierung – nicht mehr förderbar wären. Es wird daher ersucht, die bisherigen Formulierungen beizubehalten. Eine Erhöhung der maximalen Beihilfenintensitäten für KMU-Investitionen wäre im Lichte der großen Herausforderungen, denen sich auch die KMU stellen müssen, überlegenswert.

III. ANMERKUNGEN ZU DEN BEIHILFEN FÜR INNOVATION

Neben den allgemeinen Anmerkungen, etwa zur erforderlichen Höhe für Pauschalen für indirekte Kosten von zumindest 25% (Art. 25 AGVO) ersuchen die österr. Behörden, die spezifischen Anmerkungen der MS ebenfalls entsprechend zu berücksichtigen.

III.1. Anmerkungen zu den Begriffsbestimmungen für F&E&I:

Die explizite Einbeziehung digitaler Technologien in Forschung und Entwicklung (Art. 2, Ziffer 85 und 86) wird begrüßt. Weitere Technologiefelder, die in rezenten Studien der EK (u.a. „Re-Finding Industry (2018)“ bzw. „Future technology for prosperity (2019)“) erfasst wurden, sollten ebenfalls inkludiert werden.

III.2. Investitionsbeihilfen für Erprobungs- und Versuchsinfrastruktur (ad Art. 2, Ziffer 98a und Art. 26a AGVO):

Die Einführung der neuen Freistellungsmöglichkeit wird grundsätzlich begrüßt. Diese sollte jedoch noch nachgebessert werden, um einen Mehrwert zu haben. Die bisher vorgesehenen Voraussetzungen (in Art. 26a) sind für Unternehmen wenig attraktiv, da ein diskriminierungsfreier Zugang eher nicht realistisch ist. Für Unternehmen, die sich gerade in der Produktionsüberleitung oder in der Errichtung von Pilotanlagen befinden, ist eine offene Nutzung kaum umsetzbar, umso mehr da die im Entwurf vorgesehene Beihilfenintensität „nur“ 25% beträgt. Die Beihilfeintensität sollte auf 50 % erhöht werden. Sinnvoll wäre zudem (in den Art. 26 und 26a AGVO) die anfallenden Personalkosten als förderbare Kosten aufzunehmen.

III.3. Neue Beihilfen für die erste Umsetzung von Innovation „first industrial deployment“:

Analog zur IPCEI Mitteilung sollten entsprechende unternehmensbezogene Fördermöglichkeiten für „first industrial deployment“ sowohl in die F&E&I Beihilfeleitlinien, als auch die AGVO inkludiert werden, um Innovationen im Bereich der Schlüsseltechnologien (key enabling technologies) aber auch im Bereich der Dienstleistungen generell leichter umsetzen zu können.

III.4. Start-up Beihilfen (ad Art. 22 AGVO):

Für Unternehmensneugründungen (nach Art. 22 AGVO) umfasst der beihilfenfähige Zeitraum derzeit fünf Jahre. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass die Gründungsphase von Unternehmen oftmals deutlich länger dauert, was z.B. auch mit dem im österreichischen Recht verankerten „Gründerprivileg“ von max. 10 Jahren verankert ist. Um junge Unternehmen in der Anfangsphase bestmöglich zu unterstützen, spricht sich Ö daher erneut für die zeitnahe Ausdehnung des beihilfefähigen Zeitraums von 5 auf 10 Jahre aus.

III.5. Beihilfen für Innovationscluster (ad Art. 27 AGVO):

Die Erweiterung auf Konsortien und die Klarstellung, wonach Betreiber von Clustern auch Nutzer sein können, werden begrüßt. Die vorgesehene Erweiterung beinhaltet neben den bereits geregelten Einrichtungen oder organisierten Gruppen weitere Institutionen bzw. Strukturen wie Forschungsinfrastrukturen, Erprobungs- und Versuchsinfrastrukturen, Zentren für digitale Innovation. Dies ist von Vorteil, zumal künftig die genannten Zentren ebenfalls von der Begrifflichkeit und den Fördermöglichkeiten des Innovationsclusters umfasst sind. Die Freistellungsschwellwerte für Beihilfen für Innovationscluster sollten erhöht werden.

IV. ANMERKUNGEN ZUM BEIHILFERECHT IM BEREICH VON HARMONISIERTEN STEUERREGELUNGEN

Um den raschen Transformationsprozess zu einer Klima-freundlichen Wirtschaft zu gewährleisten, sind Steuerermäßigungen und Steueranreize, wie sie derzeit auf Grundlage der Energiebesteuerungs-RL 2003/96/EG (ETD) möglich sind, erforderlich.

Abgelehnt werden daher etwaige Einschränkungen der Möglichkeiten für Steuerreduktionen nach der harmonisierte Energiebesteuerungs-RL 2003/96/EG (ETD) durch die geplanten Änderungen des Art. 44 AGVO. Dadurch würden eventuell sogar Pläne für ökologische Steuerreformen verunmöglicht werden.

Spezifische Anmerkungen des BMF zu Art. 44 Beihilfen in Form von Steuerermäßigungen nach der ETD (RL 2003/96)

- Soweit die Energiebesteuerungsrichtlinie (ETD) Begünstigungen vorsieht oder Begünstigungsoptionen gewährt, sollten die MS diese in Anspruch nehmen können, ohne durch die Einhaltung von Beihilfenvorschriften oder den Verweis auf Voraussetzungen, die sich aus anderen Richtlinien ergeben – wie z.B. Art. 44 Abs. 5 – in ihrem Gestaltungsspielraum beschränkt zu werden. Dies gilt umso mehr, wenn durch Begünstigungen in der ETD umweltpolitische Zielsetzungen verfolgt und das Erreichen der Klimaschutzziele ermöglicht werden soll.
- Räumt die ETD eine Befreiungsoption ein (z.B. Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen in Art. 15), sollte auch aus Sicht der AGVO die Freistellung einer Maßnahme zur Steuerbefreiung (nicht nur einer Steuerbegünstigung unter Einhaltung der Mindeststeuerbeträge) möglich sein. Vor diesem Hintergrund wäre auch **Art. 2 Z 120 der geltenden AGVO anzupassen**, da diese Bestimmung „Mindeststeuerbeträge der Union“ definiert als „im Unionsrecht vorgesehene Mindeststeuerbeträge; für Energieerzeugnisse und Strom gelten als Mindeststeuerbeträge der Union die Beträge in **Anhang I** der Richtlinie 2003/96/EG des Rates (...)“. Da Anhang I ETD nahezu ausschließlich positive Mindeststeuerbeträge enthält, werden mögliche Steuerbefreiungen nicht berücksichtigt.
- Bereits nach der geltenden AGVO **bis Ende 2023 freigestellte Maßnahmen** der MS sollten nicht an die neuen Regelungen (ab Mitte 2022) angepasst werden müssen.
- Steuerbegünstigungen können auch im Wege von Erstattungen/Vergütungen eines Steueranteils gewährt werden. Abs. 3 sollte diesbezüglich ergänzt werden oder die Wortfolge „Zahlung eines festen Ausgleichsbetrags“ klarer definiert werden.

- Die Formulierungen in Abs. 5 (Energieaudit bzw. zertifiziertes Energiemanagementsystem oder Umweltmanagementsystem) bedürfen näherer Erläuterungen; sie lassen umfangreiche zusätzliche Verwaltungslasten für Unternehmen erwarten.
- In Art. 44 Abs. 5 lit. b, 2. TS ist unklar, wann eine „erhebliche Verringerung der Treibhausgasemissionen“ vorliegt. Außerdem ist darauf hinzuweisen, dass nicht sämtliche Umweltsteuerermäßigungen für Anlagen gewährt werden, die unmittelbar Treibhausgasemissionen emittieren. Daher kann nicht in jedem Fall eine Treibhausgasreduktion in Anlagen durch Investitionen erreicht werden.

Neben den Steuerreduktionen, die durch die Energiebesteuerungsrichtlinie ETD (RL 2003/96) gedeckt sind, sehen die *Leitlinien für staatliche Beihilfen für Umweltschutz und Energie* (2014/C 200/01) eigene Kriterien und eine eigene Sektorenliste für zulässige Abgabenreduktionen von nicht-harmonisierten Umweltabgaben oder Finanzierungsbeiträgen, etwa für die Kosten der Erzeugung von Elektrizität aus Erneuerbaren Energieträgern, vor.

Der neu vorgesehene Art. 44a AGVO ist für Ermäßigungen von nicht-harmonisierten Steuern und Abgaben gedacht. Es sollte jedoch zweifelfrei klargestellt werden, wonach der neu vorgesehene Art. 44a AGVO die Förderungsmöglichkeiten der harmonisierten Energiebesteuerungsrichtlinie ETD (RL 2003/96) nicht berührt und nicht einschränkt. Der neu vorgesehene Art. 44a sollte nur für nicht-harmonisierte Steuer- und Abgabenreduktionen gelten und in Analogie zu den bewährten Kriterien, samt der Sektorenliste der Leitlinien (2014/C 200/01) ausgestaltet werden.

V. ANMERKUNGEN ZU DEN BEIHILFEN FÜR KLIMA-, UMWELTSCHUTZ UND ENERGIE

Konsens herrscht in Ö darüber, wonach zur Erreichung der ambitionierten Ziele des Green Deal praktikable und einfache beihilferechtliche Zulässigkeitskriterien essentiell sind.

Die österr. Behörden ersuchen die EK, auf die Einführung von neuen administrativen Vorgaben zu verzichten: wie etwa öffentliche Konsultationen. Ö unterstützt die - im Rahmen des 1. Beratenden Ausschusses am 7.12.2021 - geäußerte Kritik zahlreicher MS an den viel zu komplexen Methoden zur Ermittlung der förderbaren Kosten, etwa in Art. 36 (komplexe Kontrafaktische Analysen) oder in Art. 36a und 36b (competitive bidding process). Die EK wird ersucht, einfache Methoden zur Ermittlung der förderbaren Kosten alternativ anzubieten.

V.1. Investitionsbeihilfen für Lade- und Tankinfrastruktur (ad Art. 36a AGVO):

Die zulässige Beihilfeintensität sollte auch für ausschreibungsfreie Förderungsvergaben auf 50% erhöht werden, wenn die Preise für die Lade- oder Tankinfrastruktur in transparenter Weise auf einer öffentlich leicht zugänglichen Plattform offengelegt sind.

Grundsätzlich sollte auf die Verpflichtung einer Zeit- und Kosten-aufwendigen, vorab durchgeführten, öffentlichen Konsultation verzichtet werden, denn das Erfordernis von Förderungen ist in der Regel evident im Lichte dessen, wonach für die Erreichung der CO₂-Neutralität eine vollständige Dekarbonisierung des Verkehrs notwendig ist.

V.2. Investitionsbeihilfen für den Erwerb sauberer und emissionsfreier Fahrzeuge und die Nachrüstung von Fahrzeugen (ad Art. 36b AGVO):

Da der Verkehrssektor für rund ein Drittel der CO₂-Emissionen in der EU verantwortlich ist, stellt eine CO₂-Minderung in diesem Sektor eine besondere Herausforderung dar. Das alleinige Abstellen bei der Förderung von sauberen oder emissionsfreien Fahrzeugen auf die Vergabe der Förderung im Wege einer Ausschreibung erscheint praxisfern (Art. 36b) und wird abgelehnt.

V.3. Investitionsbeihilfen für Energieeffizienzmaßnahmen (ad Art. 38):

Die verbesserten Förderbedingungen für die Durchführung von Gebäuderenovierungen in Art. 38 Abs. 3a werden ausdrücklich begrüßt. Die Einschränkung der Gebäudetypen, die von dieser Verbesserung profitieren können, ist jedoch nicht nachvollziehbar. Angesichts des generell hohen Renovierungsbedarfs im Gebäudebestand sollten die Fördermöglichkeiten auf alle Gebäudetypen ausgeweitet werden, weil das Hemmnis der (über-) langen Amortisationszeit sich in allen Gebäudetypen wiederfindet.

In Art. 38 Abs.7 AGVO wird um Klarstellung ersucht, wonach bei den dort angeführten Rechtsgeschäften für die Zulässigkeit der Förderungen ein Eigentumsübergang nicht vorausgesetzt wird. Auch an dieser Stelle ist der Hinweis angebracht, wonach auch die Bestimmungen für Contracting- Geschäfte anwendbar sein können.

Die Verbesserung der Förderungsbedingungen für Beratungen und Studien in Art. 38 AGVO wird ausdrücklich begrüßt. Es wird vorgeschlagen, wonach auch „kleine“ Dienstleistungen, wie Reparaturen von Geräten, oder Effizienzcheck von Heizungen aufgenommen werden.

V.4. Investitionsbeihilfen für die Sanierung von Umweltschäden und die Rehabilitierung natürlicher Lebensräume und Ökosysteme (ad 45 AGVO):

Die Einbeziehung der Biodiversitätsmaßnahmen in Art. 45 wird grundsätzlich begrüßt. Allerdings ist nicht nachvollziehbar, warum Maßnahmen zur Wiederherstellung der Biodiversität hinsichtlich der maximalen Beihilfenintensität schlechter gestellt werden sollen als andere Sanierungsmaßnahmen. Angesichts der sachpolitischen Dringlichkeit zur Forcierung von Biodiversitätsmaßnahmen einerseits und des Umstands, dass mit Biodiversitätsmaßnahmen in aller Regel keine wirtschaftlichen Vorteile verbunden sind, werden für diesen Maßnahmenbereich Höchstfördersätze von bis zu 100% notwendig und daher auch gefordert.

V.5. Klarstellungen zu den Begriffsdefinitionen:

Die EK wird ersucht in Art. 2, Z 109 AGVO „Energie aus erneuerbaren Quellen“ keine Einschränkung vorzunehmen. „... *aber nicht den Strom, der als Ergebnis der Speicherung in Speichersystemen gewonnen wird;*“ Diese Einschränkung ist nicht zu verstehen: wenn Strom/Wärme aus Erneuerbaren Energien gespeichert wird, sollte die aus dem Speicher gezogene Energie als erneuerbar gelten.

Die in der österr. Stellungnahme angeführten spezifischen Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge zu den Beihilfen für Klima-, Umweltschutz und Energie sind nicht abschließend. Diesbezüglich wird auch auf die Stellungnahmen und Analysen von den jeweiligen Fachverbänden verwiesen, die sich ebenfalls an dem allgemeinen Konsultationsprozess beteiligen.